



über die  
3. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses  
am Donnerstag, dem 14.09.2006  
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 18:10 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Robert Biedermann  
Frau Britta Dreher  
Herr Dieter Drescher  
Frau Marion Dyduch  
Frau Astrid Gube  
Herr Friedhelm Lipinski  
Frau Annette Mann  
Herr Jochen Müller  
Frau Ursula Müller  
Herr Günter Stahlhut  
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Ralf Eisenhardt  
Herr Reinhard Hasler  
Herr Heinrich Kissing  
Herr Karl-Adolf Schneider  
Herr Wilfried Weigel

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

FDP

Herr Detlef Knop

BG (neu)

Herr Dieter Kloß

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning  
Herr Gustav-Adolf Kersten

## Verwaltung

Herr Jochen Baudrexl  
Herr Reiner Brüggemann  
Frau Ingelore Peppmeier  
Herr Ralf Tost

## Entschuldigt fehlten

Frau Christel Ciecior  
Herr Dr. Jörg Frey  
Herr Klaus-Dieter Grosch  
Herr Hermann Hupe  
Herr Michael Krause  
Frau Ina Scharrenbach

Der stellvertretende Bürgermeister **Stahlhut** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, stellte die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 5 der öffentlichen Sitzung wurden einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Weitere Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

## A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mittelbare Beteiligung des Kreises Unna und der kreisangehörigen Gemeinden Bergkamen, Bönen, Holzwickede, Kamen, Lünen, Selm, Unna und Werne an der "VKU-Verkehrsdienst-GmbH" Abschluss eines Gewinn- und Verlustübernahmevertrages	062/2006
2	Neufassung der Straßenbaubeitragssatzung	054/2006
3	Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücks- entwässerungsanlagen	058/2006
4	Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über die Fest- setzung von Sperrzeiten und Ausnahmen von den Verboten der §§ 9 und 10 Landesimmissionsschutzgesetz (LImSchG)	059/2006
5	Kreisumlage hier: Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen	052/2006
6	Reorganisation der Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Unna (ARGE)	053/2006
7	Betriebsergebnisse der gebührenfinanzierten Kommunaleinrichtungen 2005	060/2006

8	Vermarktung des Gewerbegebietes Kamen Karree Abschlussbericht der Verwaltung
9	Neues Kommunales Finanzmanagement Situationsbericht und Perspektiven
10	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

## **A. Öffentlicher Teil**

Zu TOP 1.  
062/2006

Mittelbare Beteiligung des Kreises Unna und der kreisangehörigen Gemeinden Bergkamen, Bönen, Holzwickede, Kamen, Lünen, Selm, Unna und Werne an der "VKU-Verkehrsdienst-GmbH"  
Abschluss eines Gewinn- und Verlustübernahmevertrages

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 2.  
054/2006

Neufassung der Straßenbaubeitragssatzung

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 3.  
058/2006

Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 4.  
059/2006

Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über die Festsetzung von Sperrzeiten und Ausnahmen von den Verboten der §§ 9 und 10 Landesimmissionsschutzgesetz (LImSchG)

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 5.  
052/2006

Kreisumlage  
hier: Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 6.  
053/2006

Reorganisation der Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Unna (ARGE)

Herr **Brüggemann** nahm Bezug auf die Vorlage und skizzierte kurz den bisherigen Verfahrensablauf.  
Er verwies auf die Berichte in Rat und Familien- und Sozialausschuss.

Mit Beratung und Entscheidung habe der Kreistag in seiner Sitzung am 19.06.2006 die Umsetzung des sog. „Zehnermodells“, das die gewünschte ortsnahe Betreuung sicherstelle beschlossen und die Vertreter des Kreises im Lenkungsausschuss der ARGE mit der Umsetzung dieser Beschlüsse beauftragt.

Die erforderliche Entscheidung habe der Lenkungsausschuss in seiner Sitzung am 22.06.2006 getroffen.

Auf der Grundlage dieser Entscheidung werden in Kamen zukünftig die Leistungsgewährung, die Vermittlung, die Arbeitgeberkontakte und das Fallmanagement in einem Haus angeboten. Die Unterhaltssachbearbeitung und der Außendienst werde für die Städte Kamen, Bergkamen und Werne in Bergkamen als geographischer Mittelpunkt dieser drei Städte zentriert.

Inzwischen seien zwangsläufig Vertragskonstruktionen verabredet worden, die unmittelbar auch die Kommunen für die Dienstüberlassung ihres Personals betreffen.

Nun bleibe noch die Standortfrage zu klären. Er gehe davon aus, dass innerhalb der nächsten 14 Tage eine Entscheidung für das Kamener Rathaus fallen werde. Alternativ geprüft werde eine Unterbringung in dem Haus der Arbeitsagentur am Ostring. Die bevorstehende Standortentscheidung werde in gleicher Weise vertraglich mit dem Kreis und der ARGE zu fixieren sein.

Frau **Dyduch** betonte den ausdrücklichen Wunsch der beteiligten Städte nach einem kundenorientierten Angebot und begrüßte das dezentrale Lösungsmodell. Damit verbunden werde die Hoffnung, dass im Interesse der Hilfeempfänger unter der Federführung der ARGE demnächst eine noch intensivere und effizientere Betreuung möglich werde.

**Die Mitteilungsvorlage wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.**

Zu TOP 7.  
060/2006

Betriebsergebnisse der gebührenfinanzierten Kommunaleinrichtungen 2005

Herr **Baudrexl** nahm zu der Mitteilungsvorlage erläuternd Stellung. Besonders einzugehen sei auf die in den Bereichen Märkte, Straßenreinigung und Winterdienst sowie Bestattungswesen erzielte Unterdeckung. In den Gebührenbereichen Rettungsdienst und Abfallwirtschaft treffe das jeweilige Betriebsabrechnungsergebnis relativ genau die Kalkulation.

Im Bestattungswesen habe eine deutlich geringere Anzahl an Bestattungen insgesamt und ein unerwartet hoher Trend zu Urnenbeisetzungen dazu geführt, dass erwartete Erlöse nicht erzielt wurden.

Bei der Straßenreinigung und Winterdienst habe eindeutig der relativ lange und harte Winter das vorliegende Ergebnis verursacht. So habe sich der Aufwand für Streusalz verdoppelt und auch der Personalaufwand sei wesentlich erhöht.

Im Bereich der Märkte habe die durch die Innenstadtsanierung erforderliche Verlagerung der Wochenmärkte höhere Kosten u.a. im Personalbereich ausgelöst.

Bezüglich der Unterdeckung bei den Märkten fragte Herr **Hasler** nach, ob die Verwaltung beabsichtige, die Gebühren zu anzuheben. Durch die Innenstadtsanierung und Verlagerungen habe sich die Situation für die Markthändler vorübergehend ohnehin schon verschlechtert.

Im Abfallbereich bat er um Klärung der um 147.000 Euro abweichenden Position der sonstigen Aufwendungen für Dienstleistungen. Die Steigerung der Personalkosten im Bestattungswesen trotz geringerer Bestattungen sei schwer erklärlich. Er bat dazu um ergänzende Information.

Das KAG gebe für den Umgang mit Unterdeckungen vor, dass diese fortgeschrieben werden sollen. Er halte es für unglücklich, wenn nun Hinterbliebene in 2007 die Lasten der in 2005 erzielten Ergebnisse schultern müssten.

Herr **Baudrexl** erinnerte an die Gebührenhaushalte der Vorjahre. Zunächst seien noch weitere Eckdaten und Kalkulationsgrundlagen abzuwarten. Rechtzeitig mit der Haushaltsplanung werde man auch die Gebührenkalkulation zur Entscheidung vorgelegen. Momentan sei deshalb noch offen, welche konkreten Auswirkungen die Betriebsergebnisse 2005 auf künftige Gebührenhaushalte haben werden.

Besonders die Gebührengestaltung im Bereich Bestattungswesen habe man in den vergangenen Jahren intensiv diskutiert und sich einvernehmlich auf das Ziel verständigt, die Gebühr stabil zu halten.

Dass die Personalkosten trotz geringerer Einsatzstunden anwachsen, sei auf tarifliche Rahmenbedingungen zurückzuführen. Der unerwartet starke Trend zu mehr Urnenbestattungen werde allerdings bei der Erarbeitung der Kalkulationsgrundlagen als wichtiger Punkt zu berücksichtigen sein.

Zu der abweichenden Position im Abfallbereich wies er auf geänderte Deponierungs- und Entsorgungsmöglichkeiten hin. In der Größenordnung von 100.000 Euro sei dies auf erhöhte Vorauszahlungen in 2004 aus der Kreiseinheitsgebühr zu erklären.

Für den Bereich der Märkte empfahl er auf der Basis der zu erarbeitenden Kalkulationsgrundlage verantwortbare Entscheidungen zu treffen. Eine denkbare Variante könne sein, sanierungsbedingten Mehraufwand nicht unbedingt an die Gebührenzahler weitergeben zu müssen.

Frau **Dyduch** empfahl den Umgang mit erzielten Unterdeckungen im Zuge der Haushaltsplanberatungen zu diskutieren und festzulegen. Im Vorgriff darauf unterstützte sie den Vorschlag für den Bereich der Märkte.

**Die Mitteilungsvorlage wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.**

Zu TOP 8.

Vermarktung des Gewerbegebietes Kamen Karree  
Abschlussbericht der Verwaltung

Herr **Baudrexl** gab einen detaillierten Bericht über die Abwicklung der Vermarktung des Gewerbegebietes Kamen Karree. Das Projekt sei planungsrechtlich und in der Umsetzung abgeschlossen und mit der treuhänderisch tätigen GSW inzwischen abgerechnet. Die GED Entwicklungsgesellschaft befinde sich formal noch in Auflösung.

Anhand von Planskizzen und Schaubildern skizzierte er die ursprüngliche Entwicklungsplanung der 80ziger Jahre, die zunächst eine einheitliche Erschließung, Vermarktung und Vermietung durch den seinerzeit tätigen Investor auf dessen alleiniges Risiko vorsah. Die Entwicklung stagnierte, was zu einer sehr unbefriedigenden Situation für alle Beteiligten führte. Parallel habe IKEA im benachbarten Gewerbegebiet dringend und mit zunehmenden Zeitdruck Erweiterungsmöglichkeiten für einen Neubau gesucht. Da geeignete Flächenkapazitäten nicht verfügbar waren, habe man befürchten müssen, dass IKEA den Standort Kamen verlassen werde. Der Verwaltung sei es in dieser Phase gelungen, die Akteure an einen Verhandlungstisch zu bringen und IKEA für das Karreegelände zu interessieren. Stadt und GSW hätten sich letztlich verpflichtet, die Entwicklungsgesellschaft einschließlich aller erforderlichen Verträge abzuwickeln und die Flächen so vorzubereiten, wie IKEA das benötige. Anhand einer Planskizze verdeutlichte er die damalige Bebauung des Gewerbegebietes mit dem Blockheizkraftwerk, eines Baumarktes (Castorama) und der Bundesknappschaft. U.a. habe bekanntlich auch der Abriss der Gebäude organisiert werden müssen.

Die neuen Entwicklungsperspektiven durch IKEA und die damit verbundenen Risiken seien schließlich Gegenstand einer Sonderratssitzung in 2003 geworden. Die notwendige Freistellungsvereinbarung habe der Rat erteilt. Ein Risiko habe in der erfolgreichen Vermarktung der verbleibenden Restfläche von 34.000qm mit den relativ restriktiven Vorgaben aus dem Planungsrecht bestanden. Zudem habe sich IKEA vertraglich eine Baugenehmigung bis 31.03.2004 zusichern lassen, ohne dass zu diesem Zeitpunkt bereits Baurecht bestanden hätte.

Das finanzielle Risiko der Freistellungsübernahme habe eine garantierte Ausgleichszahlung von maximal 5 Mio. Euro umfasst.

Inzwischen floriere das Karree, ein vernünftiger Branchenmix mit insgesamt etwa 425 Arbeitsplätzen sei vorhanden.

Mit einer weiteren Übersicht veranschaulichte er den finanziellen Rahmen. Die Abschlussrechnung weise ein Ergebnis von 2,6 Mio. Euro aus. Die Ausgleichszahlung an die GSW sei inzwischen geleistet worden. Eine entsprechende Rückstellung in der Eröffnungsbilanz habe eine aufwandsneutrale Abwicklung ermöglicht.

Letztlich sei allen an der Erfolgsgeschichte dieses Projektes beteiligten Akteuren für ihr Engagement zu danken.

In ihrer kurzen Rückschau bewertete Frau **Dyduch** das in seinen Dimensionen für die Stadt außergewöhnliche Projekt als gelungen. Das Ergebnis rechtfertige den Mut zur Übernahme aller anfänglichen Risiken. IKEA habe sich in diesem Bereich als der erhoffte Magnet für die weitere relativ zügige Vermarktung der Restflächen erwiesen. Das Niveau der Arbeits- und Ausbildungsplätze sei stabil. Durch künftige Gewerbesteuererinnahmen werde sich die Investition langfristig amortisieren. Sie schließe sich dem Dank an alle Beteiligten und insbesondere dem sehr verlässlichen Partner GSW an.

Als sehr positiv, ergänzte Herr **Kissing**, habe man empfunden, dass die Projektentwicklung nicht zum Thema der vor drei Jahren laufenden Bürgermeisterwahl gemacht worden sei. Die Verwaltung habe durch neutrale Berichte und intensive Information das Verfahren sehr transparent gestaltet. Er erinnerte an die Beschlussfassung in nichtöffentlicher Ratssitzung.

Bei aller Angst und Betroffenheit, die spürbar gewesen sei, habe sich der Mut zu zielführenden Entscheidungen gemeinsam mit der Verwaltung und im Vertrauen auf den Standort Kamen im Interesse der Bürger als richtig erwiesen.

**Der Abschlussbericht wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.**

Zu TOP 9.

Neues Kommunales Finanzmanagement  
Situationsbericht und Perspektiven

Herr **Baudrexl** gab einen umfangreichen Bericht zu folgenden Punkten:

1. Aktuelle Haushaltssituation
2. Bilanzkennzahlen
3. Berichtswesen
4. Schuldenmanagement

Er teilte mit, dass sich die Gewerbesteuererinnahmen planmäßig entwickeln. Vermutlich werde das erwartete Aufkommen von 11,8 Mio. Euro erreicht. Diese positive Entwicklung sei die Folge der momentanen Hochkonjunktur und dürfe nicht zu allzu großem Optimismus bezüglich weiterer Steigerungsraten Anlass geben.

Die Steuerkraft sei landesweit um 9,2 % und im Kreis Unna um 12,2 % gestiegen. Das führe zu höheren Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen der Landes. Für Kamen in einer Größenordnung von zusätzlich 2,34 % oder 2,5 Mio. Euro. Allerdings seien der um 586.000 Euro erhöhte Aufwand für den Solidarausgleich und die um 1,1 Mio. Euro höhere Kreisumlage abzuziehen, so dass eine Verbesserung von netto rd. 845.000 Euro bleibe.

Zu den Punkten 2. bis 4. sind Vortragsfolien in der Anlage beigefügt.

Zu den Kennzahlen zur Analyse der Eröffnungsbilanz und der Jahresbilanz 2005 wies er darauf hin, dass man hier noch in den Anfängen stecke und Optimierungen möglich seien.

Das gelte für den Aufbau der Strukturen eines standardisierten und automatisierten Berichtswesens ebenso. Er forderte die Fraktionen hier zur Positionierung und zu einem aktivem Dialog auf.

Zum Schulden- bzw. Kreditmanagement resümierte er zusammenfassend, dass das vorhandene Schuldenportfolio für ein effektives externes Management nicht ausreiche. Deshalb habe man entschieden, nur in einem begrenzten, verantwortbaren Umfang mit derivativen Finanzinstrumenten zu arbeiten. Hier bediene man sich im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung externen Sachverständs. Weitere Erläuterungen und Modellberechnungen ergeben sich aus den beigefügten Anlagen.

**Der Bericht wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.**

Zu TOP 10.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung

#### Ausschreibungsergebnisse Abfallsammlung

Herr **Baudrexl** teilte mit, dass die Abfallsammlung europaweit und getrennt nach den Fraktionen „Papier“ mit einer Laufzeit von drei Jahren und „Rest-, Bio-, Sperrmüll“ mit einer Laufzeit von 6 Jahren ausgeschrieben worden sei. Insgesamt seien fünf Angebote eingereicht worden. Der Auftrag für beide Dienstleistungen sei inzwischen an die mindestbietende Firma (WELGE) vergeben worden. Erfolg der Ausschreibung seien Einsparungen beim Altpapier in Höhe von fast 89 % bzw. von 32,6 % bei den anderen Fraktionen. Besonders im Altpapierbereich sei die Frage der Auskömmlichkeit intensiv geprüft worden. Hier sei die Schnittstelle zum Dualen System Deutschland und damit verbundene Erlöse für das Unternehmen, die u.a. preismindernd gewirkt haben, zu berücksichtigen. Ob diese Kostenreduzierungen sich letztlich gebührenmindernd auswirkten, sei fraglich. Zu bedenken sei, dass diese Positionen gemessen an dem Gesamtvolumen von rd. 4 Mio. Euro einen relativ geringen Anteil haben. Zunächst seien weitere Grundlagen der Kalkulation, wie z.B. die Entwicklung der Kreiseinheitsgebühr abzuwarten.

#### Anfragen an die Verwaltung

Anfragen bestanden nicht.

gez. Günter Stahlhut  
Stv. Bürgermeister

gez. Tost  
Schriftführer

#### Anlagen

Anlage zu TOP 8  
Anlage 1 zu TOP 9  
Anlage 2 zu TOP 9  
Anlage 3 zu TOP 9